

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4128

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4128



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Russlands Überfall auf die Ukraine: Ein Weckruf für die Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Die Invasion der Ukraine durch den Aggressor Russland ist der vorläufige Kulminationspunkt immer rigider und aggressiver auftretender autokratischer Grossmächte. Dissens und Spaltung sind die Ziele der Autokratien, um ihren Einfluss auszuweiten. Einigkeit und Entschlossenheit in der Verteidigung ihrer Interessen und Werte müssen die Antwort der Demokratien sein.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die NATO wieder an Bedeutung und rüstet auf, die ehemals neutralen Staaten Schweden und Finnland bewerben sich um eine NATO-Mitgliedschaft und die Entflechtung der ökonomischen Systeme zwischen dem Westen und Russland hat bereits begonnen und wird grosse Herausforderungen mit sich bringen. Die Friedensordnung in Europa wurde zerstört

Im Hinblick auf diese strategische Wende muss die Schweiz ihre Sicherheitspolitik überdenken. Dabei ist Neutralität ein Mittel zur Wahrung von Sicherheit und kein Selbstzweck zur Vermeidung von Verantwortung. Die Verteidigungsfähigkeit kann in Kooperation verstärkt werden.

Die Verteidigungspolitik der Schweiz hat zum Ziel kämpfen zu können, um nicht kämpfen zu müssen. Wenn die Schweiz den Verfassungsauftrag der Armee – «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung» - im Hinblick auf diese strategische Wende erfüllen will, braucht sie einen verteidigungspolitischen Strategiewechsel.

Und zwar einen Strategiewechsel hin zur Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz. Dazu gehört die Anpassung der Armeestruktur und der Dienstmodelle, die Erhöhung der finanziellen Mittel sowie eine engere Kooperation mit der NATO. Eine Verteidigungskooperation als Option im Kriegsfall bedarf der vorgängigen gemeinsamen Übungen und der Interoperabilität. Eine Kooperation hat im Rahmen der Neutralität und damit ohne Bündnisbeitritt zu erfolgen. Gleichzeitig bedarf es der Aufrechterhaltung respektive Stärkung eines leistungsfähigen Systems Armee und Bevölkerungsschutz. Um dies zu erreichen, sind zahlreiche Änderungen vonnöten. Untenstehend die wichtigsten Erkenntnisse der Studie, wie die Schweizer Sicherheit auch in der Zukunft gewahrt werden kann

Klare Benennung der Bedrohung

Um die beschränkten Ressourcen in der Armee- und Rüstungsplanung zielgerichtet einsetzen zu können, müssen im Sicherheitspolitischen Bericht des Bundes nicht nur die wahrscheinlichsten Szenarien, sondern auch weniger wahrscheinlichen, aber strategisch gefährlichsten Szenarien beschrieben und diskutiert werden. Dies, analog zur Feuerwehr, die

sich nicht nur auf den Hausbrand, sondern auch auf einen Grossbrand vorbereitet. Der sicherheitspolitische Grossbrand aus Sicht der Schweiz ist und bleibt ein Krieg in Mitteleuropa.

Überarbeitung der Doktrin

Mit der Neuausrichtung der Bedrohungsplanung auf die gefährlichsten Möglichkeiten muss auch die Überarbeitung der Grundlagedokumente einhergehen. Die Dokumente wurden zu einem Zeitpunkt verfasst, als die Schweiz sich noch von der Idee des ewigen Friedens in Europa verleiten liess. Mit der Ausrichtung auf einen Krieg in Europa, muss auch die Doktrin sowie Mittel und Fähigkeiten der Armee der neuen Realität angepasst werden.

Anpassung von Armeestruktur und Dienstmodellen

Die Anpassung der Bedrohungsanalyse sowie der daraus resultierenden Einsatzdoktrin bzw. neuen Grundlagedokumente werden eine Anpassung der Bestände der Armee nötig machen. Beispielsweise bedingt die Kooperation mit der NATO eine längere Vorbereitungs- und Abwesenheitszeit der Angehörigen der Armee. So müssen die Aushebungsquote und Dienstdauer den neuen Umständen angepasst werden. Um eine genügende Alimentierung zu gewährleisten, müssen ebenfalls adaptiert werden. Das Milizprinzip der Armee muss wieder an Ernsthaftigkeit gewinnen und darf nicht weiter zu einem de facto Freiwilligendienst verkommen.

Erhöhung der finanziellen Mittel

Die Zäsur die Europa erlebt reiht sich in den Trend einer zunehmend unsicheren Welt ein. Nach Jahren der politischen, aber auch finanziellen Vernachlässigung (Friedensdividende) müssen die Fähigkeitslücken der Armee geschlossen werden. So ist das Armeebudget auf ein Prozent des BIPs zu erhöhen. Die Mittel werden gebraucht, um die Armee auf Vordermann zu bringen. So muss die Verteidigungsfähigkeit gestärkt und die Armee auf eine Verteidigungskooperation ausgerichtet werden. Sofort umsetzbare Massnahmen sind: Beschaffungsreife Vorhaben vorziehen, finanziell motivierte Ausserdienststellungen von Einsatzmaterial einstellen und bereits beschaffte Einsatzsysteme in höheren Stückzahlen nachbestellen.

Engere Kooperation mit der NATO

Klar ist, dass der Schutz der Schweiz schon seit langem direkt durch die NATO und indirekt durch das Friedensprojekt EU mitgewährleistet wird. Der nukleare und konventionelle Schutzschirm der NATO macht einen Boden- oder Luftangriff auf die Schweiz praktisch unmöglich. So muss die Illusion der autonomen Landesverteidigung beerdigt werden und durch eine mit der Neutralität kompatiblen Doktrin der Verteidigungskooperation ohne Bündnisbeitritt weichen. Ein solcher Systemwechsel setzt aber voraus, dass die Schweiz ihre eigene Verteidigungsfähigkeit aufrechterhält und stärkt.

Strategie für die Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie unterliegt dem gleichen politischen Druck, wie die Sicherheitspolitik selbst. Ihre Existenz passt zunehmend nicht mehr in das Weltbild einer sogenannten progressiven oder postmodernen Gesellschaft. Jedoch sind die Unternehmen ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Industrie und können mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und Kapazitäten Sicherheit im In- und Ausland gewährleisten. Der Ukrainekonflikt veranschaulicht deutlich, wie eine überlegene Technologie im Konfliktfall entscheidende Vorteile verschaffen kann. So ist es unabdingbar, dass die Schweiz gute Rahmenbedingungen schafft, die es der Rüstungsindustrie ermöglicht, an internationalen Projekten mitzuwirken, damit die Fähigkeiten und Innovation erhalten bleiben

Forderungen

Es braucht eine klare Benennung der Bedrohungslage. Die Schweizer Verteidigungspolitik darf sich nicht nur an den wahrscheinlichsten Szenarien, sondern auch an den gefährlichsten Szenarien orientieren. Dies, analog zur Feuerwehr, die sich nicht nur auf den Hausbrand, sondern auch auf einen Grossbrand vorbereitet. Der sicherheitspolitische Grossbrand aus Sicht der Schweiz ist und bleibt ein Krieg in Mitteleuropa.

Es braucht deshalb zwingend eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee, damit der verfassungsmässige Verteidigungsauftrag wieder erfüllt werden kann. Für diese prioritäre Aufgabe ist die Aufstockung der Mittel sowie des Sollbestandes notwendig.

Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit ermöglicht auch eine engere Kooperation mit der NATO. Durch eine solche Kooperation hätte die Schweiz im Bedrohungsfall mehr Optionen. Eine solche Verteidigungskooperation benötigt allerdings regelmässige, gemeinsame Übungen und eine Abstimmung der Systeme (Interoperabilität). Es ist im Sinne der Schweiz, dass die Weichen dafür ohne Verzögerung gestellt werden. Nur mit der Stärkung der eigenen Fähigkeiten sowie der Verteidigungskooperation, werden die hohen Investitionen in die Sicherheit maximiert und gleichzeitig die Handlungsfreiheit bewahrt.

Es gibt kein «weiter wie bis bisher». Wir brauchen rasch die öffentliche Diskussion über die verteidigungspolitische Strategie der Schweiz und deren Ableitungen für Doktrin und Konzeption.